

auf eine furchtbare Weise den verweigeren Respekt vor ihrer Waffentüchtigkeit gebollt, und wir brauchen bei diesem Akte der unabweislichen Vergeltung nur Humme Anspanner zu bleiben. ... Tak man den Dreilundachtzig und vor allem in jedem Germanen einen erklärten Feind erblickte, dem man die entsprechende Behandlung zuteil werden ließ, trat inständig mit peinigender Feindschaft hervor. Russen, Engländer und Franzosen freuten Trampf aus, und in manchen Fällen entriß man unseren Händen selbst die leeren Karten. Und doch war jeder von uns mit den christlichen Sympathien nach Bulgarien gekommen, und die Kreise, mit denen wir in Verbindung kamen, hatten sich ihr Können und ihre Bildung in Europa geholt. Ein höherer Generalstabsoffizier machte mir einmal — es war zu Anfang des Krieges in Stambul — die Bemerkung: „Wir werden dafür sorgen, daß Sie nichts zu sehen bekommen.“ Ob eine auf seinen beherrschten Ton nicht ein, sondern erwiderte: „Was sein, nur genaug es völlig, das bulgarische Volk und Land lernen zu lernen, um darüber meiner Achtung und ihren Vorgesetzten berichten zu können, und dies kann ihnen schließlich auch nicht unwillkommen sein.“ Worauf mich der Anführer von oben bis unten maß und mir mit der Bemerkung: „Lassen Sie die Klammern: wir brauchen Europa nicht!“ den Rücken schrie.

Die griechisch-serbische Ablehnung.

Aus Belgrad wird nach Wien gemeldet: Die Situation hat sich durch die Forderung der Bulgaren nach Einwirkung der Feindesparteien vor Aufnahme der bulgarischen Verhandlungen unerwartet wesentlich verschärft. In wachsenden serbischen Kreisen wird darauf verwiesen, daß die Verbündeten schon immer den Zeitpunkt einnehmen mußten, die Feindseligkeiten erst nach bedingungsloser Annahme der Friedenspräliminarien einzustellen. Im Interesse eines raschen Friedensschlusses erwünschte das Festhalten an diesem Standpunkte unerlässlich. Die Verbündeten erwarten daher, daß Bulgarien ihren berechtigten Forderungen Rechnung tragen werde.

Vormarsch der Serben auf Sofia

Aus Bukarest meldet man: Die Morgenblätter melden, daß die serbischen Truppen ihren Marsch auf Sofia fortsetzen. Infolgedessen hat sich die rumänische Regierung entschlossen, ihre Truppen gleichfalls weiter vorzudrücken zu lassen, um einen Zusammenstoß zwischen Serben und Bulgaren zu verhindern. (Dieser letzte Satz erscheint fraglich. D. Red.)

Der Nationalist wird aus Wien gemeldet: Es stellt sich heraus, daß man in hiesigen diplomatischen Kreisen nicht ohne Grund den Wiener Verhandlungen mit großem Mißtrauen entgegenzusehen hat. Die Wiener Konferenz ist heute schon so gut wie unerschütterlich von der Einwilligung der Dinge und die Belgrader Ankündigung, daß sich sämtliche Delegierte spätestens am Sonntag nach Bukarest begeben werden, verbürgt nur schlecht die serbisch-rumänische Absicht, bis dahin und während der Diskussion über den Waffenstillstand neue militärische Tatsachen von Bedeutung zu schaffen. Immer mehr verstärkt sich der Eindruck, daß Serbien und Griechenland sich mit einer Idee eines Vormarsches nach Sofia tragen, um die bulgarische Demütigung zu vergrößern und der bulgarischen Konferenz namentlich die Unerschütterlichkeit unter den allerbätesten Bedingungen überlassen zu lassen. Ob Rumänien sich eine solche Brückensicherung durch die Verbündeten wird gefallen lassen, bleibt abzuwarten. Die Meldungen verdienen jedoch Glauben, daß es einen serbisch-griechischen Einmarsch in Sofia nicht dulde und lieber die Stadt vorher selbst besetzt würde. Jedenfalls würde man sich in Sofia damit eher abfinden als mit der anderen Eventualität und eher geneigt sein, ein rumänisches Vorgehen als eine Schutzmaßnahme zu betrachten. Trotz aller Versicherungen liegt es auf der Hand, daß Serben und Griechen die türkische Aktion als ein Druckmittel auf Bulgarien ganz gern sehen, wenn sie auch, abgesehen von gewissen politischen Kreisen in Athen, die ihre Vorliebe auf ein türkisches Thronen offen einbringen, die Türkei bei der definitiven Verteilung der Kriegsergebnisse auszuweichen möchten.

Der Schritt Oesterreichs in Athen und Belgrad.

Der „N. Fr. Pr.“ wird aus Bukarest gemeldet, daß der Schritt, den Oesterreich-Ungarn in Athen und Belgrad unternommen hat, um die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten zu erlangen, in vollem Einklang mit dem rumänischen Vorgehen erfolgt sei.

Die Antworten der Könige Peter und Konstantin

auf das Friedensangebot des Königs Carol von Rumänien sind in Bukarest eintrifft. König Konstantin versichert in seinem Telegramm, daß auch er den Wunsch habe, dem Untervorgehen möglichst bald ein Ende zu setzen, sowie, daß er nicht die Absicht habe, das Gleichgewicht auf dem Balkan zu stören. Auch beabsichtige er keine Verbesserungen Bulgariens. Es wäre aber ein Verstoß gegen sein Land, wenn er nach diesem blühigen, von Bulgarien ausbedungenen Frieden einen Waffenstillstand schließen würde ohne die Sicherheit, daß der Feinde (Griechenland) und seinen Verbündeten jene Vorteile bringen werde, die man ihnen schulde. Der König fügte hinzu, daß er nach den bitteren Erfahrungen, die er mit Bulgarien gemacht habe, damit rechnen würde, daß ein Waffenstillstand ohne Garantien die Unabhängigkeit der Armeen seiner Liege veräußern würde. Wenn Bulgarien die Bedingungen des Fortfriedens annehme, sei die kaiserliche Regierung bereit, Revolutionsmaßnahmen zu ergreifen.

Die Antwort des Königs von Serbien auf das Telegramm des Königs Carol in inhaltlich der Antwort des Königs Konstantin gleich.

Ein Geisels der Griechen.

Militärische Kreise in Athen meinen der Befehung des Generalstabes von Athen, daß die Griechen in der Bedeutung bei, weil dadurch die einzige Kohärenz, die von Deutschland nach Schwaben führt, für den weiteren griechischen Vormarsch geöffnet wurde. Wie man aus Athen meldet, haben die Bulgaren Teden-galisch gekämpft.

Rumänien will nicht gegen die Türkei marschieren.

Wie gemeldet, beharrte man sich in einzelnen Hauptstädten mit der Frage, ob es nicht angebracht erweise, Rumänien gegen die Türkei marschieren zu lassen, falls diese Adrianopel nicht käumt. In diesen von Paris und London angehenden Anträgen wird in Bukarest an hervorragender Stelle erklärt, daß nicht die geringste Gelegenheit für Rumänien bestehe, ein solches Mandat zu übernehmen. Die Volkstaktik des Königreiches für ein derartiges Regiment einzusetzen, liege ganz außerhalb der Interessen Rumäniens, und es solle ihm gar nicht ein, die Rolle des Schwabens zu übernehmen. Im allgemeinen ist man auch hier überzeugt, daß es ohne irgendwelche Komplikationen zwischen den Großmächten gelingen wird, die Türken auf die von den Großmächten gewünschte Linie zurückzuführen. Daß Rumänien sehr wenig Lust zu einem solchen Vorgehen hätte, konnte man sich in London und Paris selbst denken.

Rußland gegen Rumänien?

Au der russisch-rumänischen Grenze bei Ungeli nahe bei Jassy finden Konzentrationen großer russischer Truppenmassen statt. Der gesamte Eisenbahnverkehr nach der rumänischen Grenze wurde seitens der russischen Eisenbahndirektion eingestellt.

Anschließend will Rußland Rumänien einschüchtern. In Petersburg dürften die rumänischen Erfolge während des neuesten Krieges nicht angenehm berührt haben.

Französische Sorgen über Deutschlands Stellung.

Aus Paris wird gemeldet: In hiesigen diplomatischen Kreisen würde man noch eher in eine Flotten-Landung einwilligen, als in eine Besetzung Armeniens durch Rußland. Man hegt hier weniger Mißtrauen gegen die Aufrichtigkeit Rußlands, man befürchtet vielmehr eine Einmischung Deutschlands. Das „Echo de Paris“ schreibt u. a.: Deutschland schweigt vorläufig vollständig, weil es sich nach seiner Richtung engagieren will. Deutschland wird aber zweifellos nicht unversucht lassen, um seinen Teil an der Beute zu erhalten. Diese Taktik würde den Feiern der russischen auswärtigen Politik doch Bedenken geben, bevor es sich in ein derartiges Unternehmen einläßt.

Wie doch die Franzosen auf das Wohl Rußlands bedacht sind, daß sie in Petersburg so angelegentlich warnen — oder ob der Zweck der Warnung nicht sein soll, Deutschland in Petersburg zu verdrängen?!

Türkische Hoffnungen auf Deutschland.

In Konstantinopel herrscht die Hoffnung vor, daß Europa die vollendete Tatsache der Besetzung Adrianopels anerkennen und daß Deutschland für die Türkei eintreten werde.

Demgegenüber ist folgende Meldung aus Rom von Interesse: Der Berliner Korrespondent der „Stampa“ teilt Versicherungen des Staatssekretärs v. Jagow über das Vorgehen der Türkei mit. Herr v. Jagow hätte danach gesagt, die deutsche Regierung könne den Vorschlag einer Flottendemonstration gegen die Türkei nur deshalb nicht unterstützen, weil eine Flottendemonstration unwirksam sei. Trotz des großen Interesses, das Deutschland nach wie vor für die Türkei besitze, sei es weit davon entfernt, die Haltung der türkischen Militärpartei, namentlich die „Ewer Beis“, zu billigen. Die Türkei könne Europa nicht vor vollendete Tatsachen stellen. Deutschland sei der Ansicht, daß die Türkei sich mit einem Gebiete innerhalb der Grenze Enos-Ridja begnügen werde, das sich etwas nördlich des Ergene ausdehne.

Diese Angaben können deshalb richtig sein, weil Herr v. Jagow enge Beziehungen zu Rom hat.

Die Gesamtfrage zum türkischen Vorgehen.

Au maßgebender russischer Stelle wurde einem Mitarbeiter der Berliner „Tagl. Rundsch.“ erklärt: „Der türkische Vorschlag hat die Gesamtfrage sehr ungünstig beeinflusst. Grundsätzlich darf aber betont werden, daß sich die Mächte darin einig sind, von der Türkei die Innehaltung des Londoner Friedensprotokolls zu verlangen. Die Grenzlinie Enos-Ridja soll nach dem Willen aller europäischen Mächte eine Verschiebung nicht erfahren. Die Österreich-ungarische Regierung bezeugt sich mit Rußland in der Forderung, daß die Türkei auf die schon abgetretenen Gebiete endgültig verzichten muß. Aus dieser Ueber-einkunft der Ansichten der beiden Regierungen läßt sich auch das aufgetauchte Gerücht von einem Abkommen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland erklären. Ein derartiges Abkommen besteht nicht. Der Gedankenansatz zwischen beiden Regierungen hat aber zu einer Uebereinkunft bezüglich einer Reihe bedeutsamer Fragen geführt. Diese Uebereinkunft läßt sich kurz dahin fassen, daß Oesterreich-Ungarn und Rußland eine Zerstückelung Bulgariens nicht zulassen würden. Es besteht begründete Aussicht, daß die Verhandlungen über die Friedenspräliminarien zwischen den Kriegführenden schon in den nächsten Tagen zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht werden. Erst dann werden die Großmächte der Frage näherzutreten, welche Schritte zu ergreifen sind, um die Türkei zu einer Unterwerfung unter den Willen Europas zu veranlassen. Eine Sonder-Rundgebung Rußlands gegen die Türkei steht un-mittelbar nicht bevor. Vorerst haben die Großmächte beschloffen, der Türkei alle finanziellen Hilfsquellen zu unterbinden. Es muß abgewartet werden, ob dieses Mittel die Konstantinopler Machthaber zum Einlenken veranlassen wird.“

Ziel Neues enthalten diese Angaben nicht.

Londoner Sorgen um den Frieden.

In Londoner diplomatischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß das Petersburger Telegramm über russische Truppentransporte (s. Abendblatt) in einem Sinne abgefaßt sei, der die Tatsache nur bestätige. In London bestehe kein Zweifel mehr darüber, daß Rußland nunmehr entschlossen sei, durch militärische Maßnahmen auf die widerpenitente Türkei einen energischen Druck auszuüben. Nichtsdestoweniger sieht man in dem bewaffneten Eingreifen Rußlands eine nicht zu unterschätzende Gefahr für den Frieden. Daß man in Wien doch verhalten werden wird, als man es bisher schon war, liegt klar zutage und man müsse befürchten, daß auch Oesterreich-Ungarn der Entwicklung der Dinge nicht ohne bestimmte Aktionen zuzusehen gewillt sei. Sollte dieser Fall eintreten, so würde man vor neuen Komplikationen, deren Entwicklung vor der Hand nicht abzusehen sei.

Ferner wird über

die Aktion gegen die Türkei

aus London gemeldet: Der Vorkonferenz ist durch die gleich zu Beginn abgegebene Erklärung des russischen Vorkonferenz die Aufgabe gestellt, die Türkei sobald wie möglich zum Verlassen Adrianopels zu bestimmen, um auf diese Weise die Gefahr eines weiteren Vordringens Rußlands aus dem Wege zu räumen. In hiesigen diplomatischen Kreisen befindet man sich immer, daß Rußland einen Einfall in Armenien unternimmt. Der „Daily Telegraph“ teilt mit, daß bereits im Januar Jar Nikolski ein Handschreiben eines anderen Monarchen erhalten habe, in dem auf die gefährlichen Folgen einer solchen russischen Handlungsweise hingewiesen war.

Wie es in Bulgarien aussieht.

Der Korrespondent der „Allg. Ztg.“ meldet aus Sofia: Der Einfall der Türken droht, obwohl er nur von einer kleinen Abteilung regulärer Truppen, unterstützt mit irregulären, ausgeführt wird, ganz Südost-Bulgarien in große Unruhe zu versetzen. Die Felder sind verlassen, die Ernte zum Teil verbrannt und die Dörfer bis zu 50 Kilometer in das Land hinein unbesetzt. Bulgarische Truppen sperren den weiteren Weg. Von der Maritza bis Burgas aber ist das Land von bulgarischen Truppen entblüht. Man hat hier den Eindruck der Türken nicht für möglich gehalten. In Anbetracht dessen, daß die bulgarischen Truppen unablässig sind, tauchte der Gedanke auf, Rumänien auch diese Sache anzuvertrauen.

Keine Gegenläufe zwischen Berlin und Wien.

Der „Berl. Vol.-Anz.“ tritt aufsehnend offiziell der rumänischen Meldung des „Petit Parisien“ entgegen, als ob zwischen Wien und Berlin Gegenläufe in der Balkanpolitik beständen.

Antiherrliche Rundgebungen der Panlawaken.

Donnerstagabend kam es in Petersburg bei einem Panlawaken-Bankett wegen der mazedonischen Frage zu einer regelrechten Prügellei. Der Vorsitzende bei dem Bankett schlug in einer Resolution gegen den Vormarsch der Türken eine Reihe von Maßregeln vor, über die abgestimmt wurde. Die Resolution wurde dann telegraphisch dem Ministerpräsidenten Kowowzen und dem Minister des Äußeren Sazonow mitgeteilt. Die Slavophilen rufen zu einer sofortigen Fortsetzung der Dardanellen durch die Schwarze-Meer-Flotte und Befestigung der Dardanellenfrage. Der Frieden soll zwischen Serbien und Bulgarien auf der Basis jener Forderungen unverzüglich geschlossen werden, die Griechenland und Serbien vor dem letzten Kriege aufgestellt haben. Rumänien soll auf die Linie Bistritza-Balkschit gedrängt werden. Außerdem dürfe Rußland keinen Ueberfall Oesterreichs auf den Sandtschal zulassen. Man dürfe in Wien nicht vergessen, daß die Grenze Italiens Rußland gegenüber als der Sandtschal der Residenz der Habsburger. Das ganze Bankett artete in eine antiherrliche Demonstration aus.

Ein Geschenk Krupp.

Wie in Bukarest bekannt wird, ist der Königin Elisabeth zu wohlthätigen Zwecken in Zusammenhang mit der Mobilmachung aus von Herrn Krupp v. Bohlen-Halbach eine Summe von 25 000 Lei überwiesen worden.

Drahtmeldungen

vom 25. Juli

Die Geschenke zum Regierungsjubiläum des Kaisers.

Berlin. (Priv.-Tel.) Im Hohenzollern-Museum sind jetzt die Geschenke zum ersten Male aufgestellt, die Kaiser Wilhelm zu seinem 70jährigen Regierungsjubiläum erhielt. Den größten Teil der Ausstellungen nehmen die künstlerischen Adressen von kommunalen Körperschaften, Verbänden und Gesellschaften ein, in denen gemeinsame Stiftungen zum Regierungsjubiläum des Kaisers beauftragt werden.

Deutschlandreise des Königs Christian X.

Kopenhagen. (Priv.-Tel.) Der König von Dänemark wird sich mit seiner Gemahlin am nächsten Dienstag nach Schwerin zum Besuch des Großherzogs begeben.

Die Stellung der Sozialdemokratie zu den Finanzangelegenheiten.

Berlin. (Priv.-Tel.) Wie der Abg. Emmel in der sozialdemokratischen Kreisversammlung in Mühlhausen mitteilte, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den Beschluß, dem Wehrbeitrag und dem Beschäftigungsgesetz zuzustimmen, mit einer Mehrheit von nur 15 Stimmen (52 zu 37) gefaßt. Einige Fraktionsmitglieder haben sich noch der Abstimmung enthalten.

Angriffe gegen Spandauer Stadtvorstand.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der vor einigen Tagen wegen Unterschlagung zu 1 Jahr Gefängnis verurteilte Ingenieur Paul Schenk hatte bei seiner Vernehmung Versicherungen getan, die gegen die Spandauer Stadtvorstand einen den Verdacht der Beschäftigung aufkommen ließen. Schenk hatte u. a. geäußert, die Stadtvorordneten seien häufig eingeladen und aus bewirbt worden, um für Aufträge bei seiner Firma beim Bau der Döberitzer Oerstraße günstig zu stimmen. Die Spandauer Stadtvorordneten werden deshalb den Magistrat ersuchen, eine Untersuchungskommission einzusetzen, um festzustellen, was an den Behauptungen Schenks Wahres ist.

Berlin-Polen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Flieger Laitsch ist heute früh 5 Uhr 10 Minuten in Johannisthal auf einem Doppeldecker zu einem Flug nach Posen aufgestiegen, um dort das Flugzeug an die Fliegerkation abzuliefern. Laitsch, der als Beobachter den Hauptmann Haschel an Bord hatte, legte die etwa 200 Kilometer weiche Strecke in 3 Stunden zurück und landete um 8 Uhr 18 Minuten auf dem Posen-Militärflugfeld.

Berlin. (Priv.-Tel.) Durch die hervorragenden Flugleistungen seiner Militärpiloten hält Deutschland jetzt die beiden militärisch wichtigsten Reden. Nachdem Leutnant Gantner mit seinem schicksalhaften Flug ohne Zwischenlandung einen neuen Weltrekord im Flug mit Passagier aufgestellt hat, ist von Leutnant Jolly durch seinen Flug Köln-Berlin-Köln ein neuer Distanzrekord im Flug mit Passagier geschaffen worden. Wie die „Arenszeitung“ hört, beschäftigt das Ausräumen der Nationalmannschaft die Leistung des Leutnants Jolly und Hauptmanns Stius in gleicher Weise zu ehren wie die der Leutnants Gantner und Böhm.

Die Balkan-Affäre.

München. (Priv.-Tel.) Generaldirektor Thode von der Deutschen Reicherei hat sich, wie die „Münchener Ztg.“ mitteilt, bereit erklärt, jederzeit unter Eid zu bezeugen, daß ihm die Versicherungen Herrn von Ortlings über das angebliche Anerbieten Balkins vom Reichstagsabgeordneten Erberger erzählt worden seien.

Das städtische Halle.

Halle a. S. (Priv.-Tel.) Die Stadtkasse schließt im letzten Jahre mit über 1 Million Ueberschuß ab, so daß man hofft, die Steuer, die in den letzten Jahren um 16 Prozent ermäßigt wurde, noch weiter herabsetzen zu können.

Die Ausweisung eines Schweizer.

Bern. Am Juni wiesen die schweizerischen Behörden den schweizerischen Staatsangehörigen Brunner, Inhaber einer größeren Buchhandlung in Straßburg, aus, weil er trotz mehrfacher Verwarnung das verbotene Buch „Histoire de l'Alsace“ von Dank weiterverkauft hatte. Brunner ersuchte den schweizerischen Bundesrat, sich zu seinen Gunsten in Berlin zu verwenden. Auch die Presse beschäftigte sich lebhaft mit der Angelegenheit. Nachdem der Bundesrat in Berlin durch die schweizerische Gesandtschaft Informationen eingehogen hatte, nahm er heute auf Grund der Akten davon Kenntnis, daß die Ausweisung Brunners rechtmäßig erfolgt sei, nicht im Widerspruch mit dem deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrag stehe, und daß daher zu weiteren Schritten kein Anlaß vorhanden sei.

Retort Dinkelried.

Bien. (Priv.-Tel.) Als der französische Flieger Retort Donnerstag nachmittag von der Wiener Fliegerstation einen Probeflug unternahm, stellte sich heraus, daß der Motor nicht tadellos funktionierte, so daß Retort davon absehen mußte, die Reise nach Paris noch weiter anzutreten. Retort behielt telegraphisch seinen Monteur aus Hannover, der während der ganzen Nacht an der Maschine arbeitete, an der verschiedene Teile ausgewechselt werden mußten. Es ist deshalb noch nicht abzusehen, wann Retort seine Fahrt nach Paris antreten kann.

Aufhebung der Schweizer-Garde?

Rom. (Priv.-Tel.) Den aus der Schweizer-Garde ausgeschlossenen Adelsführern, die unter Hofruhen auf Garibaldi und mit dem Gesang der Marcellinier gehen